

Beschlussprotokoll II

der 8. Sitzung des Bundesrates vom 19. Februar 1969 - 0830

I. Aussprachen

1. Ueberfall auf ein israelisches Flugzeug in Kloten

Der Bundesrat nimmt Kenntnis von einem Bericht des Vorstehers des Politischen Departements über den Angriff palästinensischer Terroristen, der am Vorabend gegen ein israelisches Flugzeug auf dem Flugplatz Kloten verübt worden ist. Er bespricht die Fragen, die sich daraus ergeben, und fasst seine Stellungnahme in einer formellen Erklärung zuhanden der Presse zusammen (s. Beilage).

2. IV. Bericht über die Lage der schweiz. Landwirtschaft und die Agrarpolitik des Bundes

Herr Schaffner verweist in einigen einleitenden Worten darauf, dass im Bericht selbst alles gesagt ist. Ein Kommentar ist eigentlich überflüssig. Der Bundesrat wird zudem einen Vortrag von Herrn Direktor Clavadetscher erhalten, der auf 32 Seiten ein ausgezeichnetes Résumé des Berichts enthält. Die Bemerkungen der andern Departemente im Vernehmlassungsverfahren wurden berücksichtigt. Interessant war bei der Vorbereitung des Berichts die Feststellung, wie schwer es hält, den sogenannten Mansholt-Plan zu erhalten. Der Originaltext ist nicht eingetroffen, immerhin standen am Ende doch genügende Unterlagen zur Verfügung. Herr Spühler legt vorweg Wert darauf, Herrn Schaffner zu diesem ausgezeichneten Bericht zu beglückwünschen. Er stellt ein treffliches Kompendium der ganzen Agrarpolitik dar. Er ist wissenschaftlich fundiert und systematisch klar. Eine gute Würdigung haben auch die menschlichen Probleme des Kleinbetriebs erfahren. Herr Bonvin hält den Bericht ebenfalls für ausgezeichnet. Er bietet einen umfassenden Ueberblick über die Probleme unserer Landwirtschaft. Besonders beachtenswert scheint auch ihm die Aufmerksamkeit, die dem Kleinbetrieb geschenkt worden ist, der namentlich in Berggebieten dominiert und unter Berücksichtigung einer ganz besondern Existenzschwierigkeitengewürdigt werden muss. Herr Gnägi ist mit dem Bericht ebenfalls einverstanden, möchte dazu aber drei Bemerkungen anbringen: Der gesteigerte Arbeitsertrag der landwirtschaftlichen Betriebe darf seines Erachtens nicht losgelöst von der Strukturwandlung in der Landwirtschaft beurteilt werden. Man muss stets auch den Rückgang der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in Betracht ziehen und den daraus resultierenden grösseren persönlichen Einsatz des Betriebsinhabers. Sodann ist die Lösung des Futtermittelproblems von entscheidender Bedeutung. Die landwirtschaftlichen Organisationen selbst haben in den letzten Jahren durch übersetzte Importe von Milchersatz- und Futtermitteln eine grosse Verantwortung auf sich geladen. Glücklicherweise waren die Bauern



dann so vernünftig, sich den Weisungen des Bundesrates im Hinblick auf einen Abbau der Milchproduktion zu unterziehen. Schliesslich ist darauf hinzuweisen, dass der landwirtschaftlichen Entschuldung grössere Bedeutung zukommt, als dies im Bericht geschieht. Insbesondere im Zusammenhang mit der Zonenausscheidung wird man sich darüber doch noch eingehend unterhalten müssen. Herr Schaffner dankt für die gute Aufnahme seines Berichts. Mit den in der Diskussion geäusserten Vorbehalten ist er durchaus einverstanden. Im Einmannbetrieb erleben wir heute tatsächlich eine unerhörte Uebernutzung der menschlichen Arbeitskraft, der sich auch das BIGA in Zukunft eingehender annehmen sollte. Erfreulich ist, dass die Zusammenarbeit im Dorfe Fortschritte macht. Mehr und mehr werden grosse Maschinen gemeinsam gekauft, ja in einzelnen Orten ist man heute soweit, dass die Arbeit so organisiert wird, dass die Bauern auch Ferien machen können. Was den Arbeitsverdienst anbelangt, haben wir in der Schweiz den höchsten Paritätssatz in Europa erreicht. Der Unterschied zur EWG ist gross, doch resultiert er nicht aus der Unfruchtbarkeit unseres Bodens oder der Unfähigkeit der Landwirte, sondern er ist die Folge unseres ausdrücklichen politischen Willens. Auf Grund des Mansholt-Planes würde die Berglandwirtschaft vollständig abgeschrieben. Bis 1980 müssten ferner 5 Millionen Bauern ihre heutige Tätigkeit aufgeben. Dass dies sehr problematisch ist, liegt auf der Hand. Für die Schweiz kommen Eingriffe dieser Art im vorneherein nicht in Frage. Bezüglich der Futtermittelimporte haben wir im Bericht einen Mittelweg gewählt. Es ist uns klar, dass dieses Problem mit grösster Umsicht verfolgt werden muss. Anlass zu einem gewissen Optimismus gibt neuerdings ein ausseragrarisches Phänomen: Die AHV bringt derart hohe Beträge auf das Land, dass die Ablösung der Generationen erleichtert wird. Wenn die Söhne abwandern, haben die Eltern auf Grund der AHV-Renten trotzdem noch eine Existenz. Dies erübrigt uns Massnahmen wie die Zwangspensionierung und kostet erst noch keine Kredite. Herr Tschudi dankt ebenfalls für den Bericht, und möchte sich auf einen Hinweis beschränken: Die Ausführungen von Herrn Schaffner über die segensreichen Auswirkungen der AHV haben deutlich gezeigt, dass wir mit dem Solidaritätsprinzip in unserer AHV auf dem rechten Weg sind. Der kürzlich beschlossene Einbruch in das Beitragsystem war bedauerlich, denn er könnte sehr negative Auswirkungen haben. Es ist deshalb zu hoffen, dass es bei diesem einzigen Einbruch bleibt. - Damit ist die Diskussion erschöpft. Die formelle Verabschiedung des Berichts soll in der nächsten Sitzung des Bundesrates erfolgen.

3. PTT-Verwaltungsrat

Herr Bonvin verweist auf seinen schriftlichen Bericht und die Stellungnahme der Justizabteilung. Daraus geht eindeutig hervor, dass das Personal kein Recht hat auf eine Vertretung im Verwaltungsrat. Soweit in andern Abteilungen der Bundesverwaltung die Vertretung besteht, beruht diese lediglich auf der

Praxis. Wenn in der PTT-Vorlage die Rede von einer "gebührenden" Vertretung ist, so gilt es nun also, die Modalitäten festzulegen. Herr Gnägi hält die vorliegenden Berichte ebenfalls für sehr gut. Die beste Lösung ist zweifellos jene der SBB. Man sollte sich an eine ähnliche Ordnung halten, ansonst die Schwierigkeiten unüberblickbar werden. Herr Spühler hält das Prinzip einer Personalvertretung ebenfalls für grundsätzlich richtig, zu entscheiden ist nun aber, wie man diese konstruiert. Am besten ist tatsächlich das System bei den SBB, wobei es den Parteien und Wirtschaftsverbänden überlassen wird, wen sie delegieren wollen. Der Rat nimmt von den ihm unterbreiteten Berichten zustimmend Kenntnis und beauftragt den Vorsteher des VED im Sinne der Gutachten die Angelegenheit weiter zu verfolgen und bei der PTT für eine Lösung wie bei der SBB zu plädieren.

II. Umfrage

Herr Spühler

- gibt Kenntnis von einem Schreiben, das er an Botschafter Lindt gerichtet hat. Herr Lindt wird darin auf die Notwendigkeit einer Wiederbesetzung des Posten in Moskau aufmerksam gemacht, und zwar insbesondere im Hinblick auf die labile Lage in Osteuropa und im mittleren Osten. - Der Bundesrat nimmt von diesem Schreiben zustimmend Kenntnis;
- gibt Kenntnis davon, dass er vom rumänischen Botschafter zu einem Besuch nach Bukarest eingeladen worden ist, und zwar in Verbindung mit einer schweizerischen Ausstellung in der Hauptstadt Rumäniens. Es wäre dies kein Staatsbesuch, doch sollte sich der Bundesrat dazu äussern. In der Diskussion werden die Gründe, die für und gegen einen solchen Besuch sprechen, eingehend erörtert. Man stellt fest, dass solch ein Besuch einerseits den Rumänen selbst schaden kann, dass aber andererseits auf die Empfindlichkeit der Russen auch nicht zu grosse Rücksicht zu nehmen ist. Herr Spühler wird die Sache noch überlegen und den Bundesrat später wieder orientieren.

Herr Schaffner

- orientiert den Rat über seine Pariserbesprechung mit Couve de Murville. Die Diskussion war ausserordentlich interessant, denn Couve de Murville ist ein hervorragender Fachmann, der zugleich die politische Sprache versteht. Er sieht derzeit, angesichts der grossen Probleme, die sich innerhalb der EWG und zwischen den Ländern der EWG stellen, keine Aussicht für eine Aufnahme Englands. Zudem hält er dafür, dass England nicht ehrlich ist, weil es angesichts seiner wirtschaftlichen Lage gar nicht in der Lage wäre, sich der massiven Konkurrenz innerhalb der EWG auszusetzen. Für Englands immer wieder unterstrichene Bestrebungen für eine rasche Aufnahme in die EWG sind weitgehend - sonach der Meinung von Couve de Murville - wahlpolitische Überlegungen massgebend. Der Chef des EVD hält dafür, dass

es bereits weitgehend gelungen ist, die leitenden französischen Politiker von den Vorteilen einer Annäherung mit der Schweiz zu überzeugen. Irland und Dänemark haben überbordende Landwirtschafts-sorgen, Norwegen ist wirtschaftl. für die EWG auch nicht von beson-
 Interesse. Die hochentwickelte Industrie der Schweiz ander-
 seits würde der EWG keine Unannehmlichkeiten bereiten, und be-
 züglich der Agrarprodukte ist die Schweiz ein bedeutendes
 Importland. Couve de Murville hat die Zusicherung abgegeben,
 dass die Schweiz bei den Verhandlungen um die allfällige
 Assoziierung anderer europäischer Staaten mit der EWG nie
 diskriminiert werde. Die Oesterreicher hätten heute alles
 Interesse, die gleiche Haltung einzunehmen wie die Schweiz.
 Bezüglich Deutschlands ist Couve de Murville eher pessimistisch.
 Erfreulich war festzustellen, dass der Begriff der bon voisinage,
 der guten Nachbarschaft zwischen Frankreich und unserem Land,
 in Paris hoch im Kurse steht. Die Franzosen sind bereit, mit
 uns weiter zu verhandeln, auch wenn die Gespräche in Brüssel
 negativ ausgehen sollten. Sie stehen der eventuellen Schaffung
 einer commission mixte nicht abgeneigt gegenüber. Damit bekämen
 wir ein gutes Instrument zur Beruhigung jener, die glauben,
 dass wir in der Aussenwirtschaft nicht genügend aktiv sind.
 Die Beziehungen Frankreichs zu den USA sind nach Couve de
 Murville, gar nicht so schlecht, wie gelegentlich angenommen
 wird. Die Franzosen suchen gegenüber den Amerikanern Freund-
 schaft, aber ohne Vormundschaft. Interessant war schliesslich
 das grosse Verständnis, das man in Paris unserer Neutralität
 entgegenbringt. Man riet uns ausdrücklich, davon nicht abzugehen.
 - Der Vorsitzende, Herr Tschudi, verdankt den interessanten Be-
 richt von Herrn Schaffner sehr. In der anschliessenden Dis-
 kussion hält Herr Spühler dafür, dass sich aus dem Gespräch
 von Herrn Schaffner mit Herrn Couve de Murville sehr interes-
 sante Aspekte ergeben. Es ist für uns eine Genugtuung festzu-
 stellen, dass in Paris grosses Verständnis für unsere Haltung
 besteht. Die Haltung Frankreichs gegenüber Deutschland ist
 nicht ganz unverständlich, da die Deutschen immer noch zw-
 schen den USA und dem Osten hin- und hergerissen werden. Wenn
 Frankreich im übrigen dem Beitritt Englands zur EWG so hart-
 näckig opponiert, ist nie zu übersehen, dass auch eine gute
 Dosis Prestigepolitik dabei ist: Frankreich will in Europa
 die erste Geige spielen, und fürchtet deshalb die Annäherung
 Englands an den Kontinent. Herr Bonvin möchte noch wissen, ob
 in Paris auch die Frage der Harmonisierung der Währungen be-
 sprochen worden ist, worauf Herr Schaffner eine negative Ant-
 wort erteilt;

- orientiert über die Kommissionsverhandlungen zur neuen Käse-
 marktordnung. Die Kommission will sich noch eingehender in-
 formieren und hat die Durchführung von Hearings in Bulle be-
 schlossen.

Herr Bundeskanzler Huber

- gibt Kenntnis davon, dass infolge der Absetzung der Käsemarkt-
 ordnung von der Traktandenliste des Parlaments die Märzsession
 von 3 1/2 auf 3 Wochen reduziert wird;

- 5 -

Herr Bundeskanzler Huber (Fortsetzung)

- erinnert daran, dass am 26. Februar eine Nachmittagsitzung des Bundesrates in Aussicht genommen wurde. Der Beginn der Vormittagsitzung wird auf 0900 Uhr, jener der Nachmittagsitzung auf 1400 Uhr festgesetzt;
- gibt Kenntnis von einem Schreiben der SPS, wonach das Datum des 21. März für die Aussprache über die Mietzinskontrolle nicht passt. Die Geschäftsleitung der SPS möchte ein Datum während der Märzsession und wird darauf zurückkommen.

Herr Tschudi

- orientiert den Rat über die Sitzung der Partei- und Fraktionspräsidenten vom Montag Vormittag sowie über die Fraktionspräsidentenkonferenzen vom Montag Nachmittag. In der ersten Sitzung war der Wahlmodus des Bundesrates einziges Traktandum. Die Partei- und Fraktionspräsidenten wünschen keine Botschaft des Bundesrates im Hinblick auf eine ausschliessliche Revision von Artikel 96 der Bundesverfassung. Die Angelegenheit soll gegebenenfalls in grösserem Rahmen weiter geprüft werden. Inzwischen soll die Justizabteilung noch ein Gutachten zur Frage erstellen, welche Probleme zu lösen sind, wenn statt auf das Bürgerrecht inskünftig auf den Wohnsitz der Bundesräte im Moment ihrer Wahl abgestellt würde. Im übrigen galt das Interesse der Partei- und Fraktionspräsidenten in hohem Masse der Zahl der Bundesräte. Dieses Problem soll in der von Herrn Bundeskanzler Huber präsierten Expertenkommission für die Totalrevision des Organisationsgesetzes der Bundesverwaltung geprüft und dann weiter besprochen werden. In der Fraktionspräsidentenkonferenz wurden namentlich die Probleme des Sitzungstages (Bundesratssitzung am Mittwoch) und der Formulierung der parlamentarischen Vorstösse ("Mostulate") besprochen. Es kam aber zu keinen Entscheiden. Die Fraktionspräsidentenkonferenz erwartet zu beiden Themen noch eine schriftliche Notiz der Bundeskanzlei.

25.2.1969 Br/Ba

BUNDESKANZLEI

je 1 Expl. geht an die Herren

- Departementsvorsteher (7)
- Bundeskanzler (1)
- Vizekanzler (2)

PRESSEMITTEILUNGVerurteilung des Anschlages auf ein Kursflugzeug
der EL AL in Kloten durch den Bundesrat

Der Bundesrat hat sich in seiner Sitzung vom Mittwoch morgen vom Vorsteher des Eidgenössischen Politischen Departementes, Herrn Bundesrat Spühler, eingehend über den Anschlag auf ein israelisches Flugzeug in Kloten orientieren lassen. Zu seiner Information standen ihm ferner erste amtliche Meldungen der Bezirksanwaltschaft Bülach und des Polizeikommandos Zürich zur Verfügung.

Der Bundesrat hat von den Vorfällen in Kloten mit grossem Bedauern Kenntnis genommen. Er verurteilt das Vorgehen der Attentäter, die unter Missachtung des schweizerischen Gastrechts vorgegangen sind und widerrechtlich den neutralen Boden unseres Landes zum Schauplatz ihres Ueberfalles gemacht haben, mit aller Schärfe. Der Bundesrat spricht den verletzten Piloten und Passagieren sein tiefes Mitgefühl aus.

Der Bundesrat hat mit umso grösserer Entrüstung von diesen Vorfällen Kenntnis genommen, als die Palästinensische Befreiungsfront die Urhebererschaft des Ueberfalles von Kloten beansprucht, wenn in Betracht gezogen wird, dass sich die Schweiz seit vielen Jahren im Sinne ihrer humanitären Tradition an internationalen Hilfswerken zugunsten der palästinensischen Flüchtlinge beteiligt.

Die besondere Schwere des Attentats liegt darin, dass damit unser neutrales Land zum Schauplatz kriegerischer Auseinandersetzungen gemacht worden ist. Der Vorfall zeigt erneut, dass die Ausarbeitung wirksamer völkerrechtlicher Sanktionen gegen die Luftpiraterie und andere Anschläge auf die Luftfahrt dringend geworden ist. Die Bundesanwaltschaft wird sich an der Untersuchung aktiv beteiligen. Der Bundesrat erwartet, dass über den Tatbestand wie über allfällige weitere Zusammenhänge des Verbrechens so rasch als möglich völlige Klarheit geschaffen wird. Sobald diese Unterlagen zur Verfügung stehen, kann auch über die Einleitung allfälliger diplomatischer Schritte Beschluss gefasst werden. Das Eidgenössische Politische Departement hat in diesem Sinne Auftrag erhalten.

BUNDESKANZLEI